

Anträge

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|----|--|----|
| 1 | Mehr Unterrichtszeit an Grundschulen | 2 |
| 2 | Stundenausgleich für Organisation und Leitung an allen Schulen | 3 |
| 3 | Weiterbildung in Schleswig-Holstein stärken | 4 |
| 4 | Lehramt an Grundschulen | 5 |
| 5 | Digitalpakt und technischer Support | 6 |
| 6 | Mobile Endgeräte | 7 |
| 7 | Auslaufen der EEG Förderung | 8 |
| 8 | Autonome Schiffe | 9 |
| 9 | Reorganisation der DB AG | 10 |
| 11 | Prognoseverfahren für Infraschall | 11 |
| 12 | Kreativität eine Chance geben – Studiengang Architektur wieder in Kiel | 12 |

Antrag 1: Mehr Unterrichtszeit an Grundschulen

Die Versammlung möge beschließen:

Die FDP hat in den Koalitionsverhandlungen durchgesetzt, dass in den ersten beiden Schuljahren an der Grundschule die Anzahl der Unterrichtsstunden pro Woche um jeweils eine Stunde auf dann 94 Wochenstunden verteilt auf vier Grundschuljahre angehoben wurde. Der Landesparteitag bittet die Landtagsfraktion und die Landesregierung darauf hinzuwirken, diese Wochenstundenzahl an den Grundschulen in Konkretisierung des Wahlprogramms in den kommenden Jahren sukzessive weiter anzuheben und an die deutlich höhere in Hamburg (94 ² 108) anzugleichen. Damit wird mehr Zeit für ein differenziertes Unterrichtsangebot zur Förderung und Integration gewonnen. Der hierdurch steigende Bedarf an Lehrkräften muss zeitgleich mit der Umsetzung gedeckt werden.

Antrag 2: Stundenausgleich für Organisation und Leitung an allen Schulen

Die Versammlung möge beschließen:

Die im § 3 Schulgesetz verankerte Selbstverwaltung der Schule sowie die zunehmende Heterogenität der Schüler- und Elternschaft erfordert von den Schulleitungen vermehrt Entscheidungen in finanziellen, rechtlichen und personellen Fragen. Schulleiterinnen und Schulleiter übernehmen damit eine äußerst anspruchsvolle, komplexe und zeitlich aufwändige Leitungsfunktion. Gleichzeitig müssen die einzelnen Schulen den gesellschaftlichen Veränderungen gerecht werden und sich weiterentwickeln.

Wir Freien Demokraten fordern deshalb, für alle Schulen den Stundenausgleich für Organisation, Verwaltung und Schulentwicklung deutlich zu erhöhen.

Antrag 3: Weiterbildung in Schleswig-Holstein stärken

Die Versammlung möge beschließen:

Die berufliche Weiterbildung ist in vielfacher Hinsicht ein wichtiger Garant für die Fachkräftesicherung des Landes. Mit Hilfe der beruflichen Weiterbildung soll nicht nur der digitale Wandel in den Geschäfts- und Produktionsprozessen bewältigt werden, sondern die berufliche Weiterbildung ist auch ein Garant für die Attraktivität der Fachkräfteausbildung in allen Branchen, denn junge Menschen wollen Perspektiven und Aufstiegschancen haben, wenn sie sich für eine Berufsausbildung und gegen ein Studium entscheiden.

Trotz vielfältiger Bemühungen zur Stärkung der Weiterbildung in Schleswig-Holstein in der Vergangenheit ist das Ergebnis nicht überzeugend. So wurden beispielsweise fast 1/3 der 124 Millionen im Weiterbildungs-Topf der Bundesagentur für Arbeit nicht abgerufen und so blieben Gründerzuschüsse, Hilfen bei Neueinstellungen und Weiterbildungen für Geringqualifizierte in Schleswig-Holstein ungenutzt.

Deshalb bittet der Landesparteitag die Landtagsfraktion und die Landesregierung darauf hinzuwirken

- die gegenwärtige Struktur der Weiterbildungsanbieter zu überprüfen und ggf. auszubauen. Dabei sind insbesondere auch Angebote der öffentlichen Fachschulen gem. § 93 SchulG einzubeziehen.
- kostenfreie Weiterbildungsangebote in allen Branchen, vordringlich jedoch in den Branchen mit besonders hohem Fachkräftebedarf.

Antrag 4: Lehramt an Grundschulen

Die Versammlung möge beschließen:

Die FDP Schleswig-Holstein steht für das Ziel der weltbesten Bildung. Daher fordern wir für das Lehramt an Grundschulen die Einführung eines verbindlichen Studiengangs (Bachelor- und Masterstudiengang umfassend) mit den verpflichtenden Fächern Deutsch, Mathematik und einem dritten Fach der Wahl. Dabei sollen die Vereinbarungen der Kultusministerkonferenz zugrunde gelegt werden.

Antrag 5: Digitalpakt und technischer Support

Die Versammlung möge beschließen:

Die Bundesregierung will die Länder im Rahmen des „Digitalpaktes“ mit fünf Milliarden in einem Zeitraum von fünf Jahren finanziell unterstützen. Für Schleswig-Holstein bedeutet dies einen jährlichen Zuschuss von 37 Millionen für ca. 800 Schulen.

Die Freien Demokraten setzen sich dafür ein, dass die nach Schleswig – Holstein fließenden Mittel nicht nur für den Ausbau der Breitbandversorgung incl. WLAN und Hardware verwandt werden. Wir wollen, dass die Mittel auch für zusätzliche IT-Mitarbeiter/-innen eingesetzt werden, die die modernen Systeme in den Schulen professionell betreuen und warten können. Bislang wird in fast 40% aller Schulen diese Betreuung von Lehrkräften insbesondere aus den MINT-Fächern sichergestellt. Diese Zeit steht nicht für Unterricht zur Verfügung. Aufgrund des großen Lehrkräftemangels und des hohen Unterrichtsausfalls ist dies nicht zu vertreten, denn die Betreuung der IT-Ausstattung kann von entsprechenden Fachkräften sichergestellt werden.

Der Landesparteitag bittet die Landtagsfraktion und die Landesregierung darauf hinzuwirken, dass für Schleswig-Holstein zeitnah auch ein schlüssiges Konzept für den technischen Support vor Ort, d.h. in den einzelnen Schulen, entwickelt und mit finanzieller Unterstützung des Landes eingeführt wird, damit die Lehrkräfte an den Schulen wieder ihre originären Aufgaben erfüllen können.

Antrag 6: Mobile Endgeräte

Die Versammlung möge beschließen:

Der Landesparteitag bittet die Landtagsfraktion und die Landesregierung darauf hinzuwirken, dass alle vom Land besoldeten Lehrer ein supportetes, mobiles digitales Endgerät erhalten.

Mit dieser Ausstattung soll erreicht werden, dass

- alle administrativen Vorgänge und die dienstliche Kommunikation an den Schulen konsequent digitalisiert werden können,
- die sensiblen Daten über den Bildungserfolg der Schüler oder deren familiäre Verhältnisse sicher geschützt werden können,
- die Lehrer im beruflichen Alltag digitale Geräte nutzen und damit ihre digitale Alltagskompetenz weiter verbessern und
- den Lehrer moderne Arbeitswelten sowohl in der Schule als auch im HomeOffice zur Verfügung stehen.

Antrag 7: Auslaufen der EEG Förderung

Die Versammlung möge beschließen:

Auslaufen der EEG-Förderung und Nutzung von 'Wegwerfstrom'

Der Landesparteitag bittet die Bundestagsfraktion und die Bundesregierung darauf hinzuwirken, dass die auf 20 Jahre festgelegte und ab 2021 auslaufende feste Einspeisevergütung aus der EEG Förderung für die Einspeisung von Strom aus Windkraftanlagen nicht verlängert wird.

Für die durch das in Schleswig-Holstein seit Jahren geltende und kürzlich zum dritten Mal verlängerte Ausbau-Moratorium nicht bearbeiteten oder beschiedenen Anträge zur Errichtung von Windkraftanlagen gilt das Jahr der Einreichung als maßgeblich für die EEG-Förderung.

Der Landesparteitag bittet die Bundestagsfraktion und die Bundesregierung darauf hinzuwirken, dass sowohl aus ökonomischen wie aus ökologischen Gründen Windkraftanlagen bei Netzüberlastung für die Wärme- oder Gaserzeugung genutzt werden können, anstatt Vergütungen für nicht erzeugten Strom zu erhalten.

Antrag 8: Autonome Schiffe

Die Versammlung möge beschließen:

Der Landesparteitag bittet die Landtagsfraktion und die Landesregierung darauf hinzuwirken, dass im Rahmen der maritimen Kompetenz unseres Landes die Entwicklung von autonomen Schiffen verstärkt gefördert wird.

Antrag 9: Reorganisation der DB AG

Die Versammlung möge beschließen:

Der Landesparteitag bittet die Landtagsfraktion und die Landesregierung darauf hinzuwirken,

1. dass die schon lange geforderte Trennung von Netz und Betrieb durchgeführt wird,
2. dass die DB Regio AG und die DB Fernverkehr AG weiterhin unabhängig bleiben und
3. dass ein Teil der Modernisierung aus der Veräußerung systemfremder Unternehmensteile, die nach betriebswirtschaftlichen Kriterien identifiziert werden, finanziert wird.

Antrag 11: Prognoseverfahren für Infraschall

Die Versammlung möge beschließen:

Der Ausbau der Windenergie im Land muss sich endlich wieder stärker an den Belangen der Menschen orientieren. Eine wissenschaftliche Überprüfung der Prognosen und Bewertungen von Schallimmissionen für hohe Anlagen, die auch gesundheitsschädliche Auswirkungen durch übermäßige und vor allem niederfrequente Schallentwicklung und Infraschall untersucht, ist deshalb unerlässlich. Wir fordern eine Überprüfung der Schallimmissionsprognose nach der DIN 9613-2, um zukünftig zu geringe Außenschall-Prognosewerte bei bestimmten Abständen zur Wohnbebauung zu vermeiden. Bis Untersuchungen hinsichtlich gesundheitsschädlicher Auswirkungen durch die Wirkungen von tiefen Frequenzen in Innenräumen vorliegen, spricht sich die FDP für eine Erweiterung des Frequenzbereichs zu tieferen Frequenzen aus, so dass auch der Infraschall unter 8 Hertz beurteilt werden kann.

Antrag 12: Kreativität eine Chance geben – Studiengang Architektur wieder in Kiel

Die Versammlung möge beschließen:

Die FDP Schleswig-Holstein fordert die Wiedereinführung eines Studiengangs Architektur an einer der Kieler Hochschulen. Dabei gilt es auch, beim Umfang der Lehre die prognostizierten Bedarfe zu berücksichtigen. Zudem begrüßen wir eine explizite Forderung von Verknüpfungen mit Unternehmen in Schleswig-Holstein.